

## Kaum Strom für Apple-Zulieferer

In China müssen die Unternehmen teilweise die Produktion stoppen. Das hat auch Auswirkungen auf Tesla.

Mehrere Zulieferer von Apple und Tesla haben Teile ihrer Produktion in China eingestellt. Als Grund nannten sie von der Regierung vorgenommene Einschränkungen bei der Energieversorgung. Der Apple-Zulieferer Unimicron Technology Corp erklärte, in drei seiner Betriebe in China bis Donnerstag die Bänder still stehen zu lassen. Die Auswirkungen seien begrenzt, da die Produktion in anderen Fabriken hochgefahren werde.

Die Zwangspausen bei Zuliefererfirmen treffen die Auto- und Elektronikkonzerne zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Weltweit herrscht seit Monaten eine massive Materialknappheit, besonders elektronische Bauteile sind betroffen. Der Konzern Concraft Holding zum Beispiel, der unter anderem Teile für iPhone-Kopfhörer herstellt, produziert nichts mehr bis Donnerstag und greift auf Teile aus seinem Lager zurück, um die Nachfrage zu bedienen. Die Foxconn-Gesellschaft Eson Precision Engineering legt ihre Bänder bis Freitag still, wie die Tageszeitung "Nikkei" berichtete.

Die Zentralregierung in Peking will den Stromverbrauch in der Volksrepublik in diesem Jahr um drei Prozent reduzieren, um seine Klimaziele zu erreichen. Die Provinzregierungen hatten die Vorgaben für Stromverbrauch zuletzt nochmals verschärft. In manchen Provinzen dürfen die Einwohner keine Wasserkocher oder Mikrowellen benutzen, Einkaufszentren müssen früher schließen. *rt*

### Kurz berichtet

#### Ratingspezialist Kraemer wird neuer LBBW-Chefökonom

**BERLIN/STUTT GART.** Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) macht den Ratingspezialisten Moritz Kraemer zu ihrem künftigen Chefökonom. Der langjährige Chefanalyst für Staatenratings bei der weltgrößten Ratingagentur S&P Global tritt die Nachfolge von Uwe Burkert an, der in den



Moritz Kraemer, Foto: M. Pairan

Vorstand der Kreissparkasse Waiblingen wechselte, wie die LBBW mitteilte. Der 55-Jährige soll spätestens zum 15. November die Leitung des Bereichs Research übernehmen. Kraemer arbeitete von 2001 bis 2018 bei der führenden Ratingagentur S&P Global – früher bekannt als Standard & Poor's und wurde vor allem in der Euro- und Finanzkrise einem breiteren Publikum bekannt. Seit 2019 war der promovierte Volkswirt für Scope Ratings tätig, der größten europäischen Ratingagentur mit Sitz in Berlin. *rt*

#### Ifo: Exportindustrie wird wieder optimistischer

**MÜNCHEN.** Nach einem spätsommerlichen Stimmungsknick im August sieht die deutsche Industrie ihre Exportchancen wieder optimistischer. In der allmonatlichen Umfrage des Münchener Ifo-Instituts sind die Exporterwartungen der Unternehmen im September auf 21 Punkte gestiegen. Das waren vier Punkte mehr als im August, wie die Münchner Wirtschaftswissenschaftler am Montag mitteilten. Die deutschen Industrie-Ausfuhren zeigten sich „überraschend robust gegenüber der Beschäftigungskrise bei Rohstoffen und Vorprodukten“, hieß es in der Mitteilung. *dpa*

#### Aldi will weiter in Großbritannien investieren

**LONDON.** Der Discounter Aldi will in den kommenden zwei Jahren 1,3 Milliarden Pfund (1,5 Milliarden Euro) in Großbritannien investieren. Das teilte Aldi mit. Rund 100 neue Filialen sollen die Pforten öffnen. In der Corona-Krise konnte Aldi 2020 den Umsatz um 10,2 Prozent steigern. *rt*

#### Tiktok mit mehr als einer Milliarde Nutzer

**NEW YORK.** Die Video-App Tiktok hat die Marke von einer Milliarde, mindestens einmal im Monat aktiver Nutzer geknackt. Die Firma, die zum chinesischen Konzern Byte-dance gehört, gab den Meilenstein in einem Blogbeitrag am Montag bekannt. Tiktok untermauert damit seine Position als einzige Online-Plattform mit globaler Reichweite, die nicht aus den USA stammt. *dpa*

# Verurteilte Daimler-Leute als Bauernopfer?

Ein Teamleiter und zwei Sachbearbeiter von Daimler wurden in der Diesellaffäre wegen Betrugs bestraft. Klägeranwälte halten sie nicht für die wirklich Schuldigen und wittern wegen der ausbleibenden Kündigung einen Deal zwischen Konzern und den Verurteilten.

Von Andreas Müller

Die Verurteilung von drei rangniederen Daimler-Leuten wegen Betrugs in der Diesellaffäre wird von den Anwälten betroffener Fahrzeugkäufer mit Kritik und Argwohn gesehen. Vertreter führender Klägerkanzleien halten den Teamleiter und die beiden Sachbearbeiter, die Freiheitsstrafen von unter einem Jahr auf Bewährung akzeptiert hatten, für „Bauernopfer“.

Mit dem Verzicht auf eine Kündigung belohne Daimler sie dafür, dass sie keinen Widerspruch gegen die Strafbefehle des Amtsgerichts Böblingen eingelegt und dem Konzern damit einen höchst unangenehmen Prozess erspart hätten. Dabei hätte die tatsächliche Verantwortung für unerlaubte Abschaltvorrichtungen deutlich werden können, die weit höher im Unternehmen angesiedelt gewesen sein müsse. Zugleich kündigten die Anwälte an, die drei Verurteilten nun als Zeugen in Zivilverfahren gegen Daimler zu laden.

Daimler hatte von „Individualverfahren“ gesprochen, die nicht gegen das Unternehmen gerichtet seien. Die Annahme eines Strafbefehls sei eine individuelle Entscheidung; damit könnten sich Beschuldigte die Belastung durch eine öffentliche Verhandlung ersparen.

„Normalerweise wäre das eine Steilvorlage, um Mitarbeiter schnell und effizient loszuwerden.“

Thorsten Krause,  
Rechtsanwalt, Kanzlei KAP in München

Unbeantwortet ließ der Konzern die Frage, ob das Vorgehen der drei Mitarbeiter mit Daimler abgestimmt war. Aus Sicht des Unternehmens hätten sie nicht absichtlich unrechtmäßig gehandelt; die Auslegung der komplexen Vorschriften sei „zum damaligen Zeitpunkt vertretbar“ gewesen. Mit der Verteilung auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart wird indes ein Vorsatz bejaht.

Für Ralf Stoll von der Lehrkanzlei Dr. Stoll & Sauer ist der Ausgang des Verfahrens „sehr unbefriedigend“. Gegenüber unserer Redaktion bezweifelte Stoll, dass die drei Mitarbeiter wirklich „für die massenhafte Abgas-Manipulation verantwortlich“ seien. Sie müssten als Bauernopfer für andere den Kopf hinhalten, die ungeschoren davon kämen: „Entscheidungen von solcher Tragweite fallen weiter oben.“ In den laufenden

## Bewährungsstrafen gegen VW-Manager gefordert

Ein Prozess soll klären, ob bei Volkswagen über Jahre hinweg überzogene Vergütungen und Boni an Betriebsräte flossen.

Im Untreue-Prozess gegen drei frühere und einen amtierenden Personalmanager von Volkswagen hat die Staatsanwaltschaft Bewährungsstrafen und Geldauflagen gefordert. In Bezug auf die Vergütung führender Betriebsräte hätten die Angeklagten pflichtwidrig und vorsätzlich gehandelt, sagte Staatsanwältin Sonja Walther am Montag im Landgericht Braunschweig. Sämtliche Verteidiger der Führungskräfte – darunter die Ex-Konzernpersonalchefs Horst Neumann und Karlheinz Blessing – plädierten hingegen auf Freispruch (AZ: 16 KLS 85/19).

Am fünften Verhandlungstag stritten die Parteien noch einmal über angemessene Bezahlung von leitenden Betriebsräten, wenn diese viele Jahre für ihr Ehrenamt freigestellt



Was kommt bei Daimler aus dem Auspuff? – das beschäftigt die Justiz.

Foto: dpa/Sven Hoppe

Zivilprozessen seien die Verurteilten nun „wichtige Zeugen“, sagte Stoll. Man werde Akteneinsicht beantragen und sie vorladen.

Für Thorsten Krause von den Münchner KAP Rechtsanwälten ist es „nahezu ausgeschlossen“, dass die Verantwortung für unzulässige Abschaltvorrichtungen in hunderten von Autos auf der Ebene von Teamleitern oder Sachbearbeitern liege. Derart weitreichende Entscheidungen müssten den wesentlichen Stellen im Konzern bekannt sein, was auch dokumentiert werden müsse. Immerhin gehe es um eine strategische Frage mit „erheblichem Image- und finanziellen Schaden“.

Ein Prozess hätte den Diesellägern laut Krause viel mehr „Munition“ geboten als das stille Akzeptieren der Strafbefehle. „Schon erstaunlich“ nennt er es, dass Daimler den verurteilten Arbeitnehmern nach eigenen Angaben nicht kündigt. Für einen Arbeitge-

ber, der gerade massenhaft Stellen abbaue, wären die Strafbefehle eigentlich eine „Steilvorlage“, um die Betroffenen „schnell und effizient loszuwerden“. Dass das nicht geschehe, spreche für sich.

„Ein Märchen, dass diese Mitarbeiter so relevante Entscheidungen treffen.“

Sebastian Schlotte,  
Berliner Kanzlei Gansel

Sebastian Schlotte von der Berliner Kanzlei Gansel vermutet, dass Daimler die Mitarbeiter zur Annahme der Strafbefehle bewegt habe, um einen Prozess samt medialer Begleitung unbedingt zu verhindern. Eine öffentliche Verhandlung hätte endlich einen

Einblick in die internen Entscheidungsstrukturen ermöglicht, den der Konzern bewusst verweigere. Dort hätte dann „auch mit dem Märchen aufgeräumt werden können, dass niederrangige Mitarbeiter so strategisch relevante Entscheidungen getroffen haben, ohne dass der Vorstand hiervon wusste“.

Als Belohnung für die Annahme der Strafe wertet es Schlotte, dass den Verurteilten trotz der Feststellung ihrer strafrechtlichen Schuld nicht gekündigt werde. Anders lasse sich dieses „Geschenk“ nicht verstehen. Nach der Annahme eines Bußgelds von 870 Millionen Euro weckten die Strafen neue Zweifel an der Darstellung Daimlers in der Diesellaffäre.

Gegen vier weitere Mitarbeiter des Stuttgarter Autobauers wird nach wie vor ermittelt. Aus welcher hierarchischen Ebene diese stammen, ist nicht bekannt.

## Luxuselektromarke will an die Börse

**GÖTEBORG.** Die Luxuselektromarke Polestar des schwedischen Autobauers Volvo und seiner chinesischen Mutter Geely will über eine Unternehmenshülle in New York an die Börse gehen. Polestar werde bei der Transaktion mit annähernd 20 Milliarden Dollar (17 Milliarden Euro) bewertet, teilte das Unternehmen mit. Für den Gang an die Börse Nasdaq fusioniert Polestar mit einem börsennotierten Finanzvehikel namens Gores Guggenheim, einem sogenannten Spac (Special Purpose Acquisition Company).

Von derzeit 14 Ländern weltweit will der deutsche Polestar-Chef Thomas Ingenlath das Geschäft bis 2023 auf 30 Märkte ausweiten. Nach 10000 ausgelieferten Fahrzeugen im vergangenen Jahr will Polestar 2025 rund 290000 Fahrzeuge verkaufen. Die Fusion muss noch genehmigt werden. *dpa*

## Bundesbank: Entschlossen gegen Inflation

Trotz der lockeren EU-Geldpolitik stehen die Währungshüter für stabile Preise ein. Derweil verlangen mehr Banken Negativzinsen von Kunden.

Angesichts zuletzt steigender Inflationsraten hat die Bundesbank die Entschlossenheit der Währungshüter zur Sicherung von Preisstabilität bekräftigt. Zwar könne eine länger anhaltende lockere Geldpolitik „möglicherweise zu einer vorübergehend leicht über dem Zielwert liegenden Inflationsrate führen“, schreiben die Volkswirte der Bundesbank im Monatsbericht September. „Dies ist allerdings nicht zu verwechseln mit einem billigend in Kauf genommenen oder gar einem aktiv angestrebten Überschießen des Inflationszieles. Ein solches sieht die neue geldpolitische Strategie des Eurosystems nicht vor“, heißt es. Laut EZB-Chefin Christine Lagarde deutet derzeit

nur wenig darauf hin, dass die Inflation stärker als erwartet anziehen wird. Es gebe zwar einige Faktoren, die die Teuerung hochtreiben könnten, sagte Lagarde. Dies gelte beispielsweise für den Einfluss der Lohnrunden auf die Preisentwicklung. Es seien derzeit jedoch nur in begrenztem Umfang Hinweise auf solche Entwicklungen zu sehen, die das Inflationsrisiko erhöhen könnten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich mit ihrer im Juli vorgestellten neuen Strategie beim Thema Inflation mehr Spielraum verschafft. Die Notenbank strebt nun für die 19 Staaten des Euroraums eine jährliche Teuerungsraten von zwei Prozent an. Zumindest zeitweise will die EZB auch hinneh-

men, wenn diese Marke moderat über- oder unterschritten wird. Bislang lag das Inflationsziel der EZB bei „unter, aber nahe zwei Prozent“.

In Deutschland ist die Teuerungsraten in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Im August kratzte die Inflation mit 3,9 Prozent erstmals seit knapp 28 Jahren wieder an der Vier-Prozent-Marke. Eine höhere Inflation schwächt die Kaufkraft von Verbrauchern. Volkswirte halten die aktuell vergleichsweise hohe Inflation in Deutschland für vorübergehend und erklären den Anstieg mit sogenannten Basiseffekten: 2020 hatten die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer sowie ein Preissturz bei Energie in der Coronakrise die Teuerung gedämpft. Nun gibt es den umgekehrten Effekt.

Unterdessen verlangen Deutschlands Banken von ihren Kunden zunehmend Ne-

gativzinsen – und schaffen es so, Belastungen aus der EZB-Geldpolitik zu verringern. „Die Einlagen nicht finanzieller Unternehmen wurden 2020 in noch größerem Umfang als in den Vorjahren negativ verzinst“, resümiert die Deutsche Bundesbank. „Die durchschnittliche Einlagenverzinsung bei privaten Haushalten lag 2020 zwar weiterhin im positiven Bereich, war aber ebenfalls weiter rückläufig.“

Seit Juni 2014 müssen Geschäftsbanken im Euroraum Zinsen zahlen, wenn sie Gelder bei der EZB parken. Aktuell liegt dieser Einlagenzins bei minus 0,5 Prozent. Seit einiger Zeit gewährt die Notenbank Freibeträge für bestimmte Summen, um die Institute zu entlasten. Etliche Geldhäuser geben die Kosten für die Negativzinsen an ihre Kunden weiter. Zuletzt haben mehrere Institute die Freibeträge für Kunden gesenkt. *dpa*